

Bericht und Antrag

des Ausschusses für Forschung und Technologie (17. Ausschuß)

**zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 11. Oktober 1973 zur Errichtung des
Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage
— Drucksache 7/2704 —**

A. Problem

Neue Beobachtungsmöglichkeiten des Wettergeschehens durch Satelliten und der Einsatz leistungsfähiger elektronischer Rechenanlagen haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, über die bisherigen kurzfristigen Wettervorhersagen bis zu zwei oder drei Tagen hinaus mittelfristige Voraussagen von vier bis zu zehn Tagen zu liefern. An solchen Voraussagen besteht besonderes Interesse in bestimmten Bereichen der europäischen Wirtschaft, wie in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, bei der energieerzeugenden Industrie, beim Transportwesen und bei der Wasserversorgung.

Neben der regelmäßigen Ausgabe von Vorhersagen sollen vor allem durch Forschungs- und Entwicklungsarbeiten die Dienstleistungen auf diesem Gebiet verbessert werden sowie Wissenschaftler der nationalen Zentren fortgebildet und eine Datenbank aufgebaut werden, die den meteorologischen Institutionen der Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen soll.

B. Lösung

Da die für eine mittelfristige Wettervorhersage erforderlichen Voraussetzungen die Kapazitäten der nationalen meteorologischen Zentren übersteigen, soll mit der Errichtung des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage der mit-

telfristige Vorhersagedienst in Europa gewährleistet werden. Das Zentrum soll auf Grund des von 16 westeuropäischen Staaten unterzeichneten Übereinkommens in Reading (Großbritannien) errichtet werden.

Einmütige Beschlußfassung**C. Alternativen**

entfallen

D. Kosten

Der Haushaltsausschuß wird seine Stellungnahme gemäß § 96 GO gesondert abgeben.

A. Bericht des Abgeordneten Kern

Der Gesetzentwurf wurde in der 131. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. November 1974 dem Ausschuß für Forschung und Technologie federführend, dem Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen zur Mitberatung sowie dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung und nach § 96 GO überwiesen.

Der Verkehrsausschuß hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 4. Dezember 1974 beraten und festgestellt, daß keine Bedenken gegen ihn bestehen.

Der Haushaltsausschuß wird seine Stellungnahme nach § 96 GO gesondert vorlegen.

Der Technologieausschuß hat den Gesetzentwurf am 15. Januar 1975 beraten und den dem Hohen Hause zur Annahme empfohlenen Antrag einstimmig beschlossen. Er ist der Überzeugung, daß mit der Einrichtung des Europäischen Zentrums die Zielsetzung einer wesentlichen Verbesserung der mittelfristigen Wettervorhersage, die dem Schutz sowie der Sicherheit der Bevölkerung dient und Vorteile für die europäische Wirtschaft bringt, erreicht werden kann.

Bonn, den 15. Januar 1975

Kern

Berichterstatte

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf — Drucksache 7/2704 — unverändert anzunehmen.

Bonn, den 15. Januar 1975

Der Ausschuß für Forschung und Technologie

Dr. Lohmar	Kern
Vorsitzender	Berichterstatter